

konferenz des Nichtverbreitungsvertrags. Die Entscheidung Präsident Clintons, den Aufbau einer nationalen Raketenabwehr jetzt nicht zu forcieren, ist vor diesem Hintergrund sehr zu begrüßen. Der ABM-Vertrag muß als Eckpfeiler strategischer Stabilität und Grundlage für weitere Schritte der nuklearen Abrüstung erhalten bleiben.

In den ärmeren Ländern muß die exzessive Anhäufung von Kleinwaffen gestoppt werden. Wir müssen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, um auf der UN-Konferenz über Kleinwaffen 2001 konkrete Fortschritte zu erzielen. Dies setzt die Einbeziehung aller Aspekte, auch des legalen Transfers von Produktion und Beständen, voraus.

Als äußerst wirksames Mittel zur Verhinderung von Konflikten hat sich die regionale Kooperation erwiesen. Die Vereinten Nationen können hierzu vieles beitragen. Lassen Sie mich zwei Regionen ansprechen, wo Fortschritte besonders dringlich sind:

– Das Dreieck zwischen Mittelasien, dem Kaukasus und dem Mittleren Osten ist voller Instabilitäten – Öl, religiöser Fundamentalismus, Terrorismus, Drogen, nuklearer Rüstungswettlauf – und droht zu der Krisenregion des vor uns liegenden Jahrhunderts zu werden. Dort könnte nach dem Modell von Helsinki ein neuer, umfassender Regionalprozeß, der Kooperation statt Konfrontation fördert, eine wichtige stabilisierende Rolle spielen. Deutschland ist bereit, sich an einem solchen Prozeß zu beteiligen.

– In Afrika haben regionale Ansätze an Bedeutung gewonnen. Doch von wirksamen friedensschaffenden Strukturen läßt sich zumeist noch nicht sprechen. Leider haben die Anstrengungen der UN und der Organisation der Afrikanischen Einheit zur Lösung der Konflikte in Kongo und Sierra Leone bisher keinen Durchbruch erzielt. Im Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea ist zu hoffen, daß der endlich geschlossene Waffenstillstand konsolidiert wird und daß die UN-Friedensmission von den Konfliktparteien volle Unterstützung erhält.

Das dritte Thema dieser Generalversammlung, der Schutz unserer natürlichen Umwelt, wird wahrscheinlich zur Schicksalsfrage unseres Planeten werden. Im 20. Jahrhundert hat sich die Weltbevölkerung vervierfacht, der Verbrauch von Energie und Rohstoffen sogar verzehnfacht. Wir müssen die Vergeudung der natürlichen Ressourcen beenden und so rasch wie möglich auf erneuerbare Energieträger umsteigen. Dies kann nicht nur ein Anliegen der Industrieländer sein – gerade im Moment erleben wir, wie die hohen Ölpreise die ärmeren Länder ganz besonders belasten. Es muß im Interesse aller Staaten liegen, den Übergang vom Öl- zum Wasserstoffzeitalter schnellstmöglich zu vollziehen. Das wichtigste ist jetzt, daß endlich der Stillstand in den Klimaschutzverhandlungen überwunden und das Kyoto-Protokoll bis 2002, zehn Jahre nach dem Gipfel von Rio, implementiert werden kann.

Auch eine weitere Schicksalsfrage für die Menschheit, die Zukunft der Gentechnik, wird nur im Rahmen eines globalen Konsenses positiv bewältigt werden können. Die Gentechnik hat das Potential, die Medizin und die Landwirtschaft zu revolutionieren. Zugleich wirft sie wie keine andere Technologie

ethische und menschenrechtliche Fragen auf. Brauchen wir für den Umgang mit einer so potenten neuen Technologie nicht klare, verbindliche Regeln? Warum denken wir in den Vereinten Nationen nicht ernsthaft darüber nach, eine völkerrechtliche Konvention zu schaffen, die die Gentechnik sinnvoll fördert, die Freiheit der Forschung und ihrer Erkenntnisse sichert und zugleich ein ethisches Fundament definiert und den Schutz gegen Mißbrauch garantiert?

Die Millenniums-Erklärung ist ein zukunftsweisendes Dokument. Aber was hilft uns dies, wenn es immer mehr Mitglieder gibt, die es zulassen, daß die wirklichen Probleme dieser Welt an anderer Stelle behandelt und entschieden werden? Wenn es uns nicht gelingt, die Vereinten Nationen an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen und umfassend zu modernisieren, dann werden sie ins Abseits geraten, mit fatalen Auswirkungen auf Frieden und Entwicklung, Menschenrechte, Umwelt und sozialen Fortschritt. Wir alle, reich und arm, werden die Verlierer sein.

Wir müssen deshalb die Kraft für eine entschlossene Umsetzung der Millenniums-Erklärung aufbringen. Wir brauchen eine Weltorganisation, die schlagkräftig ist und ihre knappen Ressourcen wirksamer einsetzt. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist es, die UN endlich auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen. Deutschland hat gemeinsam mit seinen EU-Partnern Vorschläge für eine gerechtere, ausgewogenere Beitragsskala gemacht, deren Grundlage die Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten bleiben muß.

Der Sicherheitsrat reflektiert nicht mehr die politische Realität unserer Welt zu Beginn des neuen Millenniums. Wir teilen die Auffassung des Generalsekretärs, daß dieses zentrale Steuerungsorgan der Weltgemeinschaft unter Berücksichtigung auch der Entwicklungsländer repräsentativer, legitimer und effektiver werden muß. Bundeskanzler Schröder hat in der vergangenen Woche bekräftigt, daß Deutschland bereit ist, in diesem Zusammenhang mehr Verantwortung zu übernehmen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen und meinem Freund und Kollegen Robin Cook für die klaren Worte, die er soeben vor der Generalversammlung gefunden hat, danken.

Die Generalversammlung muß ihre Arbeit strukturieren und fokussierter als bisher die globalen Probleme debattieren und Handlungslinien aufzeigen. Synergienmöglichkeiten zwischen den UN-Organisationen, zum Beispiel im Umweltbereich, müssen besser genutzt und Kräfte durch Zusammenlegung von Organisationen stärker gebündelt werden.

Eine Erneuerung der Vereinten Nationen wird entscheidend dafür sein, daß das 21. Jahrhundert sicherer und gerechter wird als es das 20. Jahrhundert war. Gestatten Sie, daß ich mit einem Zitat aus dem Millenniums-Bericht des Generalsekretärs schließe: »Keiner Änderung unseres Denkens oder Handelns kommt wohl größere Bedeutung zu als der, daß wir bei allem, was wir tun, die Menschen in den Mittelpunkt stellen. ... Erst wenn das geschieht, wissen wir, daß wir auf dem Weg zu einer Globalisierung sind, die tatsächlich alle Menschen einschließt und die jedem Menschen erlaubt, an ihren Chancen teilzuhaben.«

Überwindung der Teilung

Zum 10. Jahrestag der deutschen Einheit

KOFI ANNAN

Die Vereinigung von Ost- und Westdeutschland am 3. Oktober 1990 war ein Ereignis, das Deutschland, Europa und die Welt verändert hat. Sicherlich war der Einigungsprozeß mit ernststen wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Schwierigkeiten verbunden, und der monumentale Übergang von einer Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft, der sich in Ostdeutschland vollzog, war von großem Leid und Opfern begleitet. Doch hege ich keinen Zweifel daran, daß sich die unbeirrte Entschlossenheit des deutschen Volkes letztendlich für alle auszahlen wird.

Was Deutschland befreit hat, hat auch mitgeholfen, die Vereinten Nationen frei zu machen. Die Spannungen, das Wettrüsten und die ideologische Rivalität des Kalten Krieges, die Deutschland gespalten hatten, führten auch zu einer Spaltung der Vereinten Nationen, die sich nirgends so nachteilig auswirkte wie im Sicherheitsrat. Zwar konnten die Vereinten Nationen diese Kluft umgehen und viele Anliegen voranbringen, doch waren ihnen in entscheidenden Fragen des Friedens und der Sicherheit mitunter die Hände gebunden oder sie wurden an den Rand gedrängt. Selbst heute ist die Einigkeit des Sicherheitsrats keineswegs gewährleistet, und Einigkeit allein ist noch keine Erfolgsgarantie. Doch stellt die neue Freiheit des Rates, Einigung zu erzielen, eine wichtige und positive Entwicklung für die internationale Gemeinschaft dar.

Das am deutlichsten sichtbare Zeichen der deutschen Teilung war die Mauer zwischen Ost- und Westberlin – das Produkt und Symbol einer Re-

gierung, die ihr eigenes Volk fürchtete, und ein Mahnmal für die Verstocktheit menschlichen Denkens. Seien wir alle dankbar dafür, daß diese Mauer jetzt nur noch Erinnerung ist. Dank der Initiative des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, wird ein kleines Stück davon bald ständig am Amtssitz der Vereinten Nationen ausgestellt werden.

Eine Teilung zu überwinden, ist keine einfache Aufgabe; ebensowenig, wie Menschen zusammenzuführen. Die deutsche Einigung zeigt indes, daß dies dennoch möglich ist – nicht durch Gewalt, sondern durch friedliche Demonstrationen und vernünftige Kompromisse. In diesem Sinne beglückwünsche ich das deutsche Volk zu dem, was es bisher vollbracht hat, und ich sehe seinem höchst bedeutsamen Beitrag zu den Zielen der Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert erwartungsvoll entgegen.

*Grußwort des UN-Generalsekretärs
anlässlich des 10. Jahrestages
der deutschen Einheit an die
Teilnehmer des Festaktes
zum Tag der Deutschen Einheit
am 3. Oktober 2000 in der
Sächsischen Staatsoper Dresden*